

31. August 1945*Major Phillipps:*

1. Bestätigungen, Gegenvorstellungen und Fragebogen übergeben.
2. Die Idee eines Landeswohlfahrtsamtes oder dergleichen wurde besprochen. Die Abt. Wohlfahrt im Innenministerium wäre wohl bereits die geeignete Stelle, über welche die Nutzbarmachung der gesperrten Guthaben für Wohltätigkeitszwecke geleitet werden könnte.⁴²⁹
3. Besprechung der Finanzlage der Gemeinden.
 - a) Fehlbeträge für das Rechnungsjahr 1944/45 werden nicht vergütet.
 - b) Die Zahlungen unter dem Finanzausgleich werden derzeit in Verhandlungen festgelegt, die Gemeinden können 30% Vorschuß erhalten.
 - c) Die Gemeinden können die verauslagten Besatzungskosten auf dem üblichen Weg anfordern. Es ist streng darauf zu achten, daß Kosten für displaced persons, für Kriegsgefangene und für Wehrmacht nicht mit den Besatzungskosten vermischt werden. Es ist der Wunsch der Militärregierung, die Besatzungskosten in reiner Form aufzuzeichnen.
4. Mit Dr. Fischer sprechen wegen des Reservefonds, aus welchem die Fehlbeträge der Gemeinden gedeckt werden sollten.
5. Für die Reichsbahn ist in Frankfurt eine separate Finanzierung des Fehlbetrages besprochen worden.
6. Namen der Reichsbahnbeamten berichten, die in Frankfurt bei der Zentralverwaltung angestellt worden sind, nachdem sie hier ausgeschieden waren.
7. Brief von Staatsanwalt Leusser übergeben, vertrauliche Behandlung wird betont.

Major Silvey:

1. Besprechung für Samstag 10 Uhr vereinbart.

Captain Schweizer.

1. Besprechung mit Dr. Lange und Rattenhuber kann erst stattfinden, wenn innerhalb der Militärregierung über die Frage der Verhandlungen mit Österreich gesprochen worden ist.⁴³⁰

⁴²⁹Zum Fortgang vgl. Nr. 86.

⁴³⁰Vgl. Nr. 76 und zum Fortgang Nr. 82. Vgl. ferner zum 31.8.: Schäffer an RMG, Legal Section, 29. 8. 1945 (ab: 31. 8. 1945), betr. Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen den Militärgerichten und den deutschen Gerichten (StK 113827).